

Kreistags Sitzung 14.11.2016

Haushaltsrede

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Kreisverwaltung und der Gesellschaften des Kreises, liebe Gäste,

die Gemeinden können in diesem und im nächsten Jahr - wie auch Bund und Länder - mit zusätzlichen Einnahmen rechnen, so Bundesfinanzminister Schäuble. Wenn ich mir dann den uns vorliegenden Haushaltsplanentwurf des Rems-Murr-Kreises anschau und die Schuldsituation - heute und zukünftig - dann ist mir nicht ganz wohl dabei.

Wir haben inzwischen eine Verbesserung des Haushalts um gut 8,8 Mio. Euro. Das weckt bei dem Einen oder der Anderen schon wieder Begehrlichkeiten.

Wir sehen im Haushalt allerdings immer noch einige erhebliche Risiken.

In manchen Bereichen wurden zu geringe Kosten angesetzt und in anderen Bereichen zu hohe Erstattungen. Muss der Kreis die Gemeinden durch Rechenspiele entlasten und selbst so hohe Risiken tragen? Wir erwarten eine solide Aufstellung des Haushalts und kein Wegducken vor heute schon kalkulierbaren Risiken.

Aber fangen wir beim Positiven an:

Den Rems-Murr-Kreis kann man in vielen Bereichen mit Fug und Recht als Vorzeige-Landkreis bezeichnen:

Als erstes möchte ich unser Klimaschutzkonzept hervorheben. Mit einem vielfältigen Maßnahmenbündel verfolgen wir das Ziel konsequenter CO₂-Einsparungen. Dabei haben wir nicht nur Energieeinsparungen bei den kreiseigenen Liegenschaften und den Ausbau erneuerbarer Energien im Blick, sondern auch Bildungsmaßnahmen für Schulen und für private Haushalte. Vorbildlich ist auch unsere Biovergärungsanlage. Wir Grünen waren schockiert, wie schnell manche Fraktionen bei konkreten Maßnahmen gleich von unseren Klimaszutzielen Abstand nehmen wollten. Ich erinnere daran: Sie sind einstimmig verabschiedet worden. Unsere Klimaszutzielle aufzuweichen, halten wir Grünen für fatal. Vielmehr ist es wichtig, das Konzept weiter zu entwickeln.

Wir bedauern sehr, dass es im Bereich der Windkraft nur schleppend voran geht. Unserer Meinung nach kann und muss die Windkraft einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leisten. Auch im Rems-Murr-Kreis!

Wenn es um die Sanierung des Schullandheims Mönchhof geht, setzen wir uns hier zwingend für eine energetische Sanierung mit einer modernen Holzpellet-Heizung ein. Bei der Diskussion um die unerwartet hohen Kosten der Sanierung und nun doch möglichen Einsparungen fordern wir eindringlich dazu auf, nicht auf Kosten des Klimaschutzes zu sparen. Beim Mönchhof eingesparte Sanierungsmittel sind auf jeden Fall an anderer Stelle für den Klimaschutz zu verwenden. Darauf bestehen wir!

Parallel zur baulichen Sanierung ist auch ein neues Nutzungskonzept zu erarbeiten. Daran beteiligen wir uns gerne. Für uns Grüne ist auf jeden Fall klar, dass der Mönchhof eine Ferien- und Bildungseinrichtung des Landkreises bleiben soll.

Zurzeit erarbeiten wir im Kreis ein Radwegekonzept. Aus Sicht der Autofahrer mag der Bedarf nach schnellen und sicheren Radwegen und guten Verbindungen nicht so groß sein. Aus eigenen Erfahrungen sind weitere Verbesserungen an den Radwegen unbedingt notwendig. Denn ein Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel funktioniert nur dann, wenn sie alltagstauglich und sicher sind.

Auch im touristischen Bereich werden sich damit neue Chancen ergeben. Denn zukünftig werden immer mehr Menschen im Kreis auch mit Pedelecs und e-bikes unterwegs sein.

Als zweites nenne ich die Krankenhaussituation

Andere Kreise fangen gerade erst an, sich um die Neustrukturierung ihrer Krankenhäuser zu kümmern. Wir haben diesen Schritt bereits gemacht und haben uns bewusst für ein Krankenhaus der Regel- und Zentralversorgung entschieden. Die Rems-Murr-Klinik bietet der Bevölkerung mit den Standorten Winnenden und Schorndorf ein breites Spektrum an medizinischer Versorgung. Dank eines hohen medizinischen Niveaus sind wir nun auch Lehrkrankenhaus der Uni Tübingen. Damit haben unsere Kliniken eine hohe Attraktivität sowohl für die Patientinnen und Patienten als auch für hoch qualifiziertes medizinisches Personal.

Die Patientenzahlen entwickeln sich in unseren Krankenhäusern so gut, dass mittlerweile eine Erweiterung notwendig wird. Wir unterstützen daher die Forderung an das Land, die zusätzlich erforderlichen Planbetten und die entsprechenden Finanzierungen anzuerkennen. Wir sind damit auf einem guten Weg, das jährliche Defizit der Krankenhäuser nach und nach besser in den Griff zu bekommen.

Doch neben den baulichen, organisatorischen und finanziellen Belangen möchten wir, dass in den Kliniken auch mehr Wert auf die weichen Faktoren gelegt wird. Dies sind insbesondere die Atmosphäre, die Information und die Kommunikation mit den Patientinnen und Patienten sowie mit deren Angehörigen.

Eine gute Kommunikation ist unabdingbar – überall.

Für eine zukunftsfähige Verwaltung wird zurzeit viel umstrukturiert und mit einer gezielten Qualitätsoffensive wird das Thema „Führung“ nun konsequent angegangen. Es ist wichtig, die Menschen dabei mitzunehmen. Umstrukturierungen, Neuorganisationen und jede Art der Veränderung erzeugen bei den Mitarbeitenden oftmals Skepsis. Die kann sogar in Ablehnung oder in Verlustängsten und damit in Demotivation münden. Daher ist ein sensibler und offener Umgang miteinander notwendig. Mitarbeitende, die zu wenig Wertschätzung erfahren und das Gefühl haben, ständig durch Neustrukturierungen in Frage gestellt zu werden, können ihr Leistungspotential nicht ausschöpfen.

Das kann nicht im Interesse einer funktionierenden und effizienten Verwaltung sein.

Durch die neue Aufbauorganisation und die neuen Dezernatszuschnitte kommen zusätzliche Personalkosten in Höhe von 3,5 Mio. Euro auf uns zu. Sei es durch Höhergruppierungen oder Neueinstellungen. Ein Großteil der neuen Stellen ist im Sozial- und Jugendbereich zu finden. Diese Bereiche wurden in den letzten Jahren vernachlässigt und müssen nun nach und nach neu aufgestellt werden. Dazu liegen aussagefähige und fundierte Gutachten und Berechnungen vor.

Uns liegt nun der bereinigte Stellenplan vor. Dafür herzlichen Dank! Leerstellen - also nicht besetzte Stellen - sollte es hier nicht mehr geben. Daher fragen wir uns schon, wie dann noch globale Minderausgaben in Höhe von rund 1,0 Mio. Euro für Personal- und Sachkosten möglich sein sollen. Zusätzliches Personal muss wirken, wie Sie in Ihrer Haushaltsrede betonen, Herr Landrat. Das gilt aber für alle Bereiche, nicht nur für den Sozialbereich.

Als drittes positives Beispiel nenne ich die Flüchtlingsunterbringung und den Wohnungsbau:

Die große Zahl an Flüchtlingen, die Schutz vor Krieg, Terror, Elend und Verfolgung suchen, bringt uns an Leistungsgrenzen und ist nicht immer problemlos. 2015 war hoffentlich ein Ausnahmejahr. Auch in unserem wohlhabenden Land gibt es Grenzen der Möglichkeiten und eine europäische Lösung steht immer noch aus. Aber welche Grenzerfahrungen mussten die bei uns angekommenen Flüchtlinge gemacht haben, damit sie ihr Land verlassen? Trotzdem gibt es immer noch die bekannten Gruppierungen, die gegen die Flüchtlinge agitieren und Fremdenfeindlichkeit schüren, wo sie nur können. Mit Hass und Angstmache löst man keine Probleme. Hier müssen wir klare Kante zeigen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einstehen. Was Politik und Zivilgesellschaft für die Flüchtenden Hervorragendes geleistet haben und noch leisten - darauf können wir hier im Kreis wirklich stolz sein. Für 5.000 geflüchtete Menschen hat die Landkreisverwaltung innerhalb kürzester Zeit die Unterbringung und Betreuung vorbildlich organisiert.

Dafür musste neues Personal eingestellt werden. Gleichzeitig wurde die Betreuung auch an soziale Träger übergeben. Wir bitten die Verwaltung, neue Stellen mit einem kw-Vermerk zu versehen, da bei rückläufiger Flüchtlingsunterbringung diese Stellen nicht mehr notwendig sind.

Das Engagement für die Unterbringung der Flüchtlinge bei uns im Kreis ist beispielhaft, wenn nicht einzigartig. Was uns besonders beeindruckt ist, dass nicht eingleisig auf die Flüchtlingsunterbringung geschaut wird, sondern gleichzeitig der Wohnungsbedarf unserer Bevölkerung im Gesamten in den Blick gerückt wird. So werden Konzepte erarbeitet, mit denen dem fehlenden Wohnraum für Bedürftige - unabhängig von deren Herkunft - entgegen gewirkt werden kann. Mit innovativen Ideen haben wir somit gleichzeitig den Fokus auf die aktuelle Unterbringung der Flüchtlinge als auch auf den Sozialen Wohnungsbau gerichtet. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt.

Ich möchte auf die anfangs schon erwähnten Risiken eingehen, die wir im Haushaltsplan, insbesondere im Sozialhaushalt sehen:

Bereits zum 1. Januar 2017 wird mit der ersten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes gerechnet. Daraus resultieren Verbesserungen für die Leistungsempfänger, wodurch Mehraufwendungen für den Kreis zu erwarten sind. Die Verwaltung plant jedoch keinerlei Mehrkosten ein. Wir halten es aber zur Vermeidung eines Haushaltsrisikos für unerlässlich, einen Mehraufwand einzuplanen. Für die Erstattung von Kosten der Unterbringung für Leistungsbezieher auf der Grundlage von SGB II wurden zusätzliche Mittel im Sozialhaushalt eingeplant. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen rechnet das Landratsamt mit einer Zunahme von knapp 1.200 Bedarfsgemeinschaften im nächsten Jahr. Ich zitiere: „Aus Gründen der Sparpolitik wurde jedoch bewusst nur ein Übergang mit 670 Bedarfsgemeinschaften einkalkuliert“. Somit fehlen in der Haushaltsplanung die Kosten für rund 500 Bedarfsgemeinschaften. Für die Versorgung, Unterkunft und Betreuung von Flüchtlingen sind den Landkreisen erhebliche Kosten entstanden. Die Landesregierung hat eine weitgehende Erstattung der Kosten durch Spitzabrechnung zugesagt. Wir hoffen, dass dem Kreis all die veranschlagten Kosten zu 100 % erstattet werden. Ansonsten hätten wir hier bei einer Forderung von insgesamt 41,9 Mio. Euro ein weiteres hohes Haushaltsrisiko. Sollen wir - das heißt der Kreis – wirklich auf all diesen Risiken sitzen bleiben?

Politisches Engagement bedeutet mehr als Haushaltsfragen. Neben den finanziellen Herausforderungen ist es uns wichtig für unsere Werte einzustehen – diese nicht zu vernachlässigen. Einen Wert, für den wir Grüne schon von Anfang an stehen, ist der Umwelt- und Naturschutz. Beispielhaft möchte ich die Biodiversität nennen. Vielleicht können andere Fraktionen irgendwann den Begriff Biodiversität auch nicht mehr hören, so wie sie die Begriffe Nachhaltigkeit oder Leuchtturmprojekte nicht mehr hören können oder hören wollen. Für uns bleibt das, was hinter dem Begriff Biodiversität steht aber weiterhin wichtig. In meiner Kindheit gab es so viele Schmetterlinge, dass vor lauter bunter Flügel die Blütenrispen nicht mehr zu sehen waren. In diesem Jahr habe ich sage und schreibe - zwei - Schmetterlinge in meinem Garten gesehen. Zwei Kohlweißlinge – naja – nicht, dass es an Blütenpflanzen fehlt. Es fehlt offensichtlich an Biotopen, in denen sich Schmetterlinge vermehren können. Auch die Wildbienenarten gehen massiv zurück. Das hat verheerende Auswirkungen auf Natur und Landwirtschaft. Und damit auch auf die Sicherung unserer Ernährung. Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass wir uns auf Kreisebene, in den Gemeinden, in der Landwirtschaft und in Privatgärten neben den vielen anderen Pflichtaufgaben viel intensiver auch für Biotope und für die Vernetzung dieser Biotope einsetzen müssen. Dazu gehörte auch die Kontrolle der aufgrund Baumaßnahmen durchgeführten Ausgleichsmaßnahmen. Deren Herstellung, Pflege und Erhaltung muss gesichert sein.

Nun komme ich zur entscheidenden Frage:

Wie hoch soll nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen die Kreisumlage für 2017 sein?

Seit Vorlage des ersten Haushaltsplanentwurfs wird von Verbesserungen im Ergebnishaushalt von 8,8 Mio. Euro ausgegangen. Da halten wir es für unbedingt erforderlich, die eben beschriebenen Haushaltsrisiken zu senken und auf eine Netto-Neuverschuldung zu verzichten. Natürlich wollen auch wir die Gemeinden durch eine Reduzierung der Kreisumlage entlasten. Wir wollen aber nicht sehenden Auges in die dargestellten Risiken laufen. Auch sollte der Schuldenberg dringend reduziert werden.

- Zur Abdeckung der Risiken im Sozialhaushalt beantragen wir rund 1,5 Mio. Euro mehr einzustellen für die Änderungen im Bundesteilhabegesetz und die zusätzlich einzuplanenden Bedarfsgemeinschaften bei der Grundsicherung.
- Die Nettoneuverschuldung von 1,1 Mio. Euro kann bei der verbesserten Haushaltslage keinesfalls aufrechterhalten werden.

Es bleibt dabei immer noch das Risiko, wenn wir nicht alle Kosten durch die Spitzabrechnung erstattet bekommen. Letztendlich werden die Gemeinden herangezogen werden müssen, um bei Eintreten der Risiken auszuweichen und den Schuldenberg des Kreises zukünftig mit zu finanzieren.

- Mit den restlichen 6,2 Mio. Euro können wir zur Hälfte die Kreisumlage reduzieren und zur Hälfte die viel zu hohen Schulden des Kreises anpacken.
- Damit schlagen wir eine Kreisumlage von 37,3 % vor.
- Sollten weitere Verbesserungen im Haushalt erfolgen, sollen diese rein für die Schuldentilgung verwendet werden.

Ich bedanke mich zum Schluss bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der kreiseigenen Gesellschaften für ihre gute Arbeit und für ihr Engagement. Und bei Ihnen, Herr Landrat Dr. Sigel, zusätzlich für Ihre neuen Ideen und die neue Sicht auf unseren Kreis.

Vielen Dank.